

Zürcher Stadtratswahlen vom 9. Februar 2014

14 Kandidaten wollen einen der 9 Zürcher Stadtratssitze erobern. Die NZZ stellt in regelmässiger Abfolge alle vor – kombiniert zu gegensätzlichen Paaren und ergänzt durch das von Smartvote per Fragebogen erhobene politische Profil. Heute der Neue Samuel Dubno (glp.) und der Bisherige Daniel Leupi (gp.).



Samuel Dubno versteht sich als Brückenbauer zwischen den Polen. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Gut vernetzter Pragmatiker

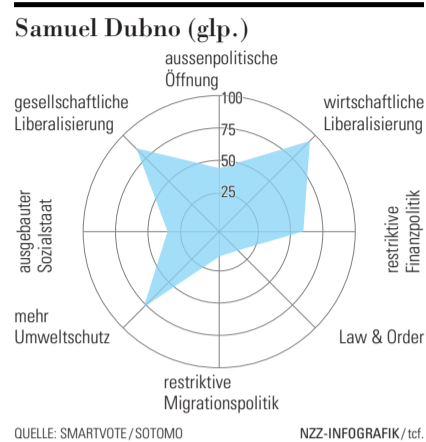
Samuel Dubno (glp., neu) will als erstes Mitglied seiner Partei in den Zürcher Stadtrat

Christina Neuhaus · Samuel Dubno ist politisch gar nicht so einfach zu verorten. Wird er als Vertreter finanzpolitischer Vernunft gelobt, pflegt der in direkter Konkurrenz zu den Grünliberalen stehende Freisinn Gift und Galle zu spucken. Schliesslich hielten sich die GLP im Allgemeinen und Dubno im Besonderen meist an die Linke. Fragt man dagegen bei Rot-Grün nach, tönt es genau umgekehrt: Auf Dubno im Besonderen und die GLP im Allgemeinen sei kein Verlass. Allzu oft verhielten sie sich wie grün getarnte Trabanten der Bürgerlichen.

«Brückenbauer»

Aus parteipolitischer Optik mag das ein Makel sein, aus wahltaktischer Sicht ist es wohl keiner. Zwar fielen die Grünliberalen im vergangenen März mit ihrer Stadtratskandidatur auf die Nase; ihr Potenzial dürfte in der Stadt Zürich aber noch nicht ausgeschöpft sein. Politologen gehen davon aus, dass die Mittepartei auch dank ihrer Positionierung zwischen den beiden Lagern nochmals an Wählerstärke zulegt.

Mit der Nominierung von Samuel Dubno hat die Partei jedenfalls eine kluge Wahl getroffen. Der 47-jährige Betriebswirtschaftler war in Kaderfunktionen bei der Israelitischen Kultusgemeinde und im Europaforum tätig und arbeitet heute in der Leitung des in der Textilbranche angesiedelten Familienunternehmens. Der mit einer Anwältin verheiratete Dubno, Vater von drei Kindern, ist umgänglich, gut vernetzt und beherrscht den souveränen Auftritt. In gesellschaftlichen Fragen ist er linksliberal, in finanzpolitischen Gründen zählt er sich selbst eher zum restriktiv-vernünftigen Flügel. Freilich



würden das im Zürcher Gemeinderat, wo Dubno die GLP in der einflussreichen Rechnungscommission vertritt, nicht alle unterschreiben. Dubno gebe zwar gerne den Sanierer, wenn es darauf ankomme, halte er es aber mit der linksgrünen «Verschwendungspolitik», so zürnen die Bürgerlichen. Dubno selbst nimmt den Vorwurf gelassen. Der Graben zwischen den politischen Polen werde immer grösser, sagt er. Zudem seien die beiden Blöcke nicht sonderlich geschlossen. In solchen politischen Verhältnissen brauche es Brückenbauer mit Sinn für pragmatische Lösungen. Allen recht machen könne man es nie.

Gegen Fichen

Was Dubno unter pragmatischer Politik versteht, erklärt er an einem Beispiel aus dem Gemeinderat. Dort stimmte die GLP-Fraktion aus ökologischer Überzeugung für den «Masterplan Velo», der verschiedene Investitionen für den Langsamverkehr zum Ziel hat. Sie wehrte sich jedoch mit einem Postu-

lat gegen einen mit dem Ausbauprojekt verbundenen Millionenkredit für «Präventions- und Informationskampagnen». Die Stadt gebe viel zu viel Geld für unnötige Erziehungsmassnahmen aus, sagt Dubno. Überhaupt seien der Selbstbeschäftigungs-Grad und die Perfektionsansprüche der Zürcher Stadtverwaltung ziemlich hoch.

Bei welchen Projekten Dubno konkret sparen will, bleibt allerdings ziemlich schemenhaft. Grundsätzlich lässt sich Dubnos Einstellung zwar unter dem Motto «So viel Staat wie nötig, so viele Private wie möglich» zusammenfassen. Geht es um Dinge, die ihm am Herzen liegen, dürfen es aber durchaus auch staatliche Lösungen sein. Dass seine Partei eine der vehementesten Kritikerinnen der vielen pädagogischen Sonderleistungen in der Stadt Zürich ist, hinderte Dubno jedenfalls nicht daran, mehr Waldkindergärten zu fordern. Das bedeute nicht nur weniger Vorschriften, mehr Platz und Natur, sondern fördere auch die Grobmotorik, erklärt er auf seiner Website. Auch das von den Stimmberechtigten verworfene Projekt eines vollständig aus öffentlichen Geldern bezahlten Fussballstadions lag dem bekennenden FCZ-Fan so sehr am Herzen, dass er sich trotz der ablehnenden Haltung seiner eigenen Partei für ein Ja aussprach.

Eine strikte Haltung vertritt Dubno dagegen, wenn er Bürgerrechte oder die Privatsphäre gefährdet sieht. So sprach er sich gegen das Hooligan-Konkordat aus, und verhehlt nicht, dass er weder von automatischem Datenaustausch noch von öffentlichen Steuerregistern etwas hält. Die Privatsphäre, sagt er, sei ein derart hohes Rechtsgut, dass sie zu Recht einen eigenen Verfassungsartikel erhalten habe.

Zögerlicher Taktierer

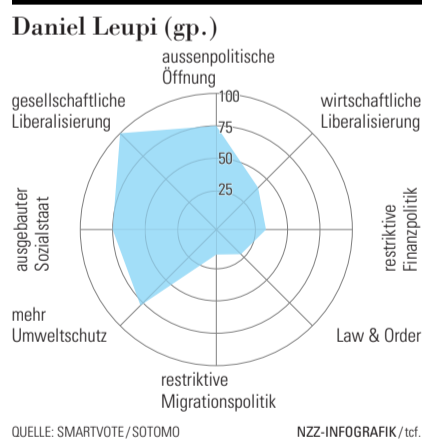
Daniel Leupi (gp., bisher) muss zeigen, dass er auch als Finanzvorstand Probleme lösen kann

Thomas Ribi · Ein Ökofundamentalist? Ein Velo-Lobbyist und Kämpfer für autofreien Stadtverkehr? Ein linksliberaler Pragmatiker? Oder ein verkappter Bürgerlicher? Daniel Leupi hat von allem etwas. Aber in eine Schublade lässt er sich nicht so leicht zwängen. Nach seiner Wahl in den Gemeinderat 2002 befasste sich der frühere Mitinhaber des Velobüros Olten zunächst intensiv mit Verkehrsfragen. So forderte er, die Zahl der Parkplätze in der Innenstadt um 20 Prozent zu reduzieren. Und er legte die Basis für den überrittenen Masterplan Velo, der Zürich mehr als 50 Millionen Franken kostet.

Engagiert für den Atomausstieg

Doch der Horizont des 48-jährigen Ökonomen reicht weiter. Dass er sich für energiepolitische Themen engagierte, ist für einen Grünen nicht erstaunlich. Erstaunlicher ist der Erfolg. Das Ja der Stimmberechtigten zum Atomausstieg ist wesentlich seinem Engagement zuzuschreiben: Er war treibende Kraft bei der zugrunde liegenden Volksinitiative und dem Gegenvorschlag. Andererseits verstand sich Leupi als Unternehmer. Er wehrte sich gegen ausufernde Staatstätigkeit und arbeitete mit FDP und CVP zusammen, was ihm bei der Linken den Ruf eintrug, zu bürgerlich zu sein. Als Mitglied der KMU-Gruppe, die lange nur aus bürgerlichen Ratsmitgliedern bestanden hatte, setzte er sich zudem für das Gewerbe ein – allerdings ohne sich der Gefahr auszusetzen, wirklich bürgerlich zu erscheinen.

Nach einer Legislaturperiode übernahm Leupi das Fraktionspräsidium der Grünen. Dass die Fraktion seither einheitlicher auftritt, dass sich das Verhältnis zwischen Grünen und SP entspannte



und es nach Jahren der Funkstille zwischen beiden Parteien zu Wahlallianzen kam, geht wesentlich auf seine Initiative und sein taktisches Geschick zurück.

2010 schaffte Leupi den Sprung in den Stadtrat und übernahm das Polizeidepartement. Schon die ersten Entscheide fällte er eigenständig und mit Augenmass. Vor der Fussball-WM 2010 entschied er, dass Fernsehübertragungen in Gartenrestaurants mit Ton gezeigt werden dürfen. Damit stiess er eine Anordnung seiner Vorgängerin um – es blieb nicht die einzige. Den noch von Esther Maurer geprägten Entwurf zur neuen Polizeiverordnung befreite er von regulatorischem Übereifer und gestaltete ein pragmatisches Gesetz, das nur regelt, was geregelt werden muss.

Ungeschickt agierte Leupi bei der ersten Nagelprobe als Polizeivorstand. Bei Ausschreitungen nach der Abstimmung zur Ausschaffungs-Initiative äusserte er gegenüber Polizisten Verständnis für die Demonstration und verstieg sich zur Aussage, er könnte sich vorstellen, unter ihnen zu sein, wenn er nicht

Polizeivorstand wäre. Dass er seine Worte korrigierte und sich von Gewalttättern distanzierte, macht den Faupas nicht ungeschehen, vor allem weil Leupi trotz allem mehr daran lag, Verständnis für Demonstranten zu zeigen, als den polizeilichen Auftrag klar zu verteidigen.

Verhältnismässig handeln

Doch Leupi verschaffte sich als Polizeivorstand Respekt. Er agierte zwar trotz erkennbarem Machtinstinkt oft sehr zögerlich und wirkt noch heute wenig spontan und oft hölzern. Seine Bilanz aber zeigt Erfolge: Der 1. Mai etwa verlief unter seiner Führung ohne grössere Zwischenfälle – allerdings nicht zuletzt, weil viel mehr Personal eingesetzt wird und auch viel höhere Kosten anfallen. Leupi ist bereit, durchzugreifen, aber es ist ihm wichtig, Zwangsmassnahmen verhältnismässig anzuwenden. So liess er die Wegweisungspraxis überprüfen, als sich zeigte, dass täglich bis zu 15 Wegweisungen angeordnet werden.

Seit Mai leitet Leupi nicht mehr das Polizei-, sondern das Finanzdepartement. Gesucht hat er den Wechsel nicht. Gegen seinen Willen schickte ihn der Stadtrat in das nach Martin Vollenwyders Rücktritt frei gewordene Amt. Leupi murrte zunächst, und man kann verstehen, weshalb. Zürich steht vor schwierigen Jahren. Sinkende Erträge und ein stetig steigender Aufwand stellen die Finanzplanung vor heikle Aufgaben. Als erste Massnahme verordnete er der Verwaltung verschärfte Ausgabenplafonds. Doch das wird nicht reichen, um die finanzielle Schieflage abzuwenden. Daniel Leupi ist einmal mehr gefordert, umso mehr, als sich seine links-grüne Hausmacht bisher kaum zu Sparschritten bereit zeigte.



Daniel Leupi will die Schieflage der Stadtfinanzen abwenden. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ